

Gratis!

Extra-Ausgabe.

Gratis!

Nr. 210.

31. Jahrg.

Bezahlungsbedingungen
 Abonnementspreis für ein Jahr (12 Hefen) 1,20 Mk.
 für ein Halbjahr (6 Hefen) 0,70 Mk.
 Einzelhefte 0,10 Mk.
 Anzeigenpreise siehe Anzeigenblatt.
 Die Redaktion ist für die Rücknahme von Briefen
 und die Rückgabe von Geldern nicht verantwortlich.
 Die Redaktion ist nicht haftbar für die Rückgabe von
 Briefen und die Rückgabe von Geldern.
 Die Redaktion ist nicht haftbar für die Rückgabe von
 Briefen und die Rückgabe von Geldern.
 Die Redaktion ist nicht haftbar für die Rückgabe von
 Briefen und die Rückgabe von Geldern.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Sozialdemokratie
 ist die einzige Partei, die für den Frieden kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Freiheit aller Völker kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Gleichheit aller Menschen kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Beseitigung aller Klassenunterschiede kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Abschaffung aller Privilegien kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Krankenversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Altersversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Unfallversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Familienversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Arbeitslosenversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Invalidenversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Lebensversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Unfallversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Familienversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Arbeitslosenversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Invalidenversicherung kämpft.
 Sie ist die einzige Partei, die für die Einführung der allgemeinen Lebensversicherung kämpft.

Verleger: Dr. M. Lindemann & Co.
 Berlin, Unter den Eichen, No. 27/28.

Dienstag, den 4. August 1914.

Expedition: 502, 48, Lindenstrasse 48.
 Berlin, Unter den Eichen, No. 27/28.

Die Sozialdemokratie und der Krieg!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte in der heutigen Sitzung des Reichstages die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Gleichzeitig gab sie nachfolgende Erklärung über ihre Stellung ab:

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, die wir ablehnen.

Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vorgeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne Schuld in dieses Vorhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, die Frauen und Kinder die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen.

Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies im Interesse nicht nur der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Von diesen Grundsätzen geleitet bewilligen wir die geforderten Kredite.

Erklärung der SPD zur Zustimmung der Kriegskredite

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, die wir ablehnen. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mutter, die ihre Söhne hergeben müssen, die Frauen und Kinder die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald zehntausende verwundeter und verstummelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Volkerfriedens gewinnen wird. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies im Interesse nicht nur der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Von diesen Grundsätzen geleitet bewilligen wir die geforderten Kredite.

Die von Hugo Haase im Reichstag abgegebene Erklärung wurde noch am selben Tag veröffentlicht. Extraausgabe des »Vorwärts« vom 4. August 1914.

